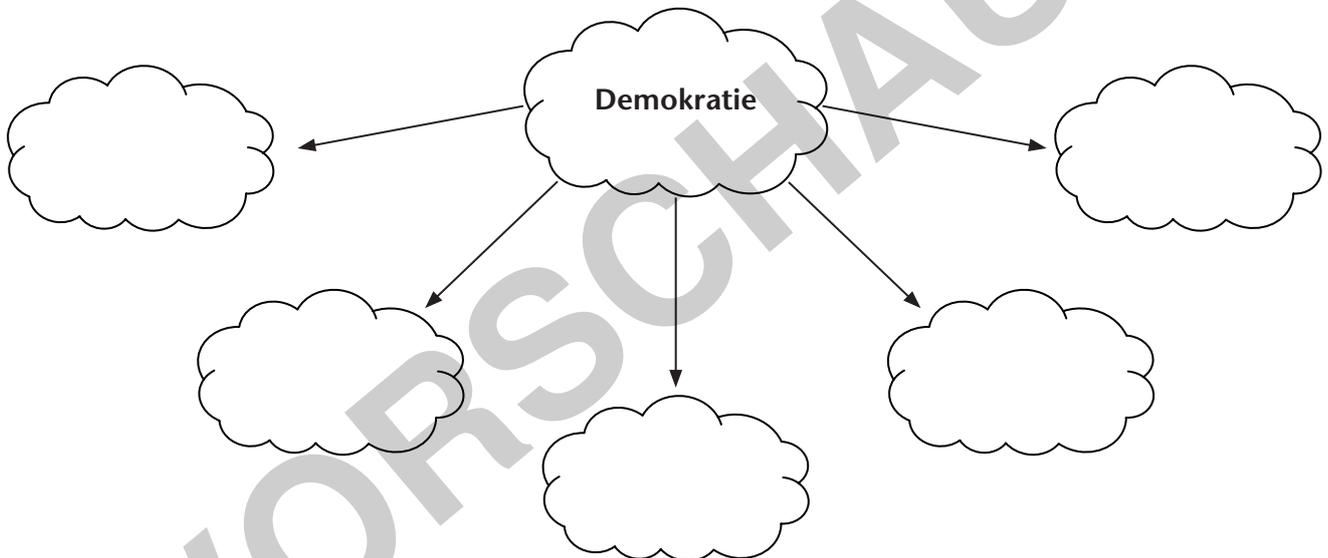


## Demokratische Grundwerte

Demokratie (griechisch „Herrschaft des Volkes“) wurde in der Antike als direkte Demokratie betrieben: Nur freie Männer galten als das Volk. Sie versammelten sich auf dem Marktplatz ihres Stadtstaates (Polis) und beschlossen dort alle politischen Fragen. Eine solche Marktplatzdemokratie ist heutzutage in den Großstaaten nicht mehr möglich, weshalb an ihre Stelle die repräsentative Demokratie getreten ist. Auf Zeit gewählte Vertreter (Repräsentanten), Männer und Frauen, entscheiden als Treuhänder für das Volk über die aktuellen politischen Fragen. Sie müssen sich dabei an die gemeinsam beschlossene Verfassung halten. Ebenso müssen die Repräsentanten im Sinne der Bevölkerung und nach allgemeingültigen Gesetzen sowie allgemeiner Gleichheit entscheiden.

### Aufgabe 1

- Fasse die im Text genannten Merkmale einer Demokratie als Stichwörter zusammen und ergänze die dargestellte Mindmap.
- Füge weitere dir bekannte Merkmale stichwortartig hinzu.



Parlamentarische  
Demokratie

### Aufgabe 2

Nimm dir dein Grundgesetz vor und lies darin die Artikel 1 bis 19 (die Grundrechte) aufmerksam durch. Begründe anschließend, welche drei Artikel dir warum am sinnvollsten erscheinen.

- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_



## Wahlen (1)

*Der Deutsche Bundestag ist das einzige direkt vom Volk gewählte oberste legislative (gesetzgebende) Bundesorgan und die Volksvertretung. Seine Mitglieder diskutieren über die wichtigsten gesamtdeutschen politischen Fragen und Probleme und legen die Gesetze fest. Dementsprechend wichtig ist dieses Organ und somit sollte das Volk auch genau überlegen, wen es warum in dieses Gremium wählt. Auch die Art und Weise, wie eine solche Wahl stattfinden sollte, ist daher sehr wichtig und durch entsprechende Gesetze geregelt.*



### Aufgabe 1

- a) Stelle Wahlgrundsätze zusammen, nach welchen du die Mitglieder des Bundestages wählen würdest. Definiere dabei auch den Zeitraum, für welchen die Abgeordneten gewählt werden sollten. Begründe deine Angaben.

---

---

---

---

---

---

---

---

- b) Vergleiche deine Angaben mit dem gültigen Recht, welches du in den Artikeln 38 und 39 des Deutschen Grundgesetzes findest. Erkläre dabei die fünf offiziellen Wahlgrundsätze, welche du dort findest.

---

---

---

---

---

---

---

---

- c) Im Artikel 38 des Grundgesetzes steht auch, dass jeder Abgeordneter nur seinem eigenen Gewissen untergeordnet ist. Erläutere, was darunter zu verstehen ist und warum dies für eine Demokratie wichtig ist.

---

---

---

---

---

---

---

---

## Parteien

### Aufgabe 1

Informiere dich mittels des Textes, anhand deines Grundgesetzes (Artikel 21) sowie anhand des Parteiengesetzes (→ <https://www.gesetze-im-internet.de/partg/>) über die Aufgaben und Pflichten von Parteien in der deutschen Demokratie.

Deutschland ist eine repräsentative Demokratie. Wer als Volksvertreter fungieren möchte, muss sich wählen lassen. Die Mitgliedschaft in einer Partei ist dabei keine Voraussetzung, doch gerade auf den höheren politischen Ebenen findet man praktisch keine parteilosen Politiker mehr. In der Regel sind alle führenden Politiker schon früh einer Partei beigetreten und haben dort ihr „Handwerk“ gelernt. Daher ist oft von einer Parteiendemokratie die Rede: Parteien dienen als Bindeglied zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung. Der Vorteil ist: In einer Partei kann man mit vielen Gleichgesinnten mehr Ressourcen und Interessen bündeln, um so einen stärkeren Einfluss auszuüben.



In den letzten sechs Jahren haben knapp 70 Parteien an offiziellen Wahlen innerhalb Deutschlands teilgenommen (Stand Juli 2016). Vielen Menschen fehlt dadurch der Überblick: Was will diese, was möchte jene Partei erreichen? Wer ist dort Mitglied und wie finanziert sie sich? Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt es in dieser Partei und wer trifft dort am Ende die Entscheidungen? Viele Fragen, über die man sich informieren muss. Doch viele Menschen scheuen diesen Aufwand. Dabei ist vielen noch nicht mal klar, welche Aufgaben Parteien überhaupt haben und wie schwierig es auch innerhalb einer Partei sein kann, seine Interessen und Ziele durchzusetzen.

### Aufgabe 2

Wie müsste deine „Traumpartei“ aussehen?

- Suche dir zwei Mitschüler. Zusammen gründet ihr eine neue Partei. Geht dabei wie folgt vor:
  - Entwerft ein Logo sowie einen Slogan.
  - Entscheidet, welche Themen euch wichtig sind und welche Position ihr jeweils einnehmen wollt (zum Beispiel: Terrorismusbekämpfung, Mindestlohn, Bildungspolitik, Autobahnmaut, Internetgesetze etc.).
  - Erläutert eure Ziele in einem kurzen Parteiprogramm.
- Stellt eure Partei einer anderen Gruppe vor. Diskutiert im Anschluss über Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede eurer Parteien und haltet die Ergebnisse schriftlich fest. Begründet dabei auch, warum es eurer Meinung nach zu diesen Gemeinsamkeiten beziehungsweise Unterschieden kommt.

### Aufgabe 3 (optional, in der Großgruppe)

- Stellt alle Parteien nacheinander vor. Macht euch dabei jeweils Notizen. Stellt bei Unklarheiten Nachfragen.
- Führt eine geheime Wahl durch und wertet diese aus.
- Diskutiert den Wahlausgang und dafür mögliche Ursachen.

## Entscheidungsträger (2)

Dem Bundespräsidenten schreibt man primär Repräsentationsaufgaben zu. Auch darf er keiner der drei Gewalten angehören, womit er scheinbar außerhalb der obersten politischen Ebene steht. Aber er ernennt und entlässt auf Vorschlag des Kanzlers nicht nur die Bundesminister, er schlägt auch den Kanzler vor und ernennt beziehungsweise entlässt ihn – das gilt auch für Bundesrichter, Bundesbeamte und Offiziere. Ebenfalls muss er jedes Gesetz und jeden völkerrechtlichen Vertrag unterzeichnen, damit eine Gültigkeit erreicht wird. Verweigert er seine Unterschrift unter ein Gesetz, wird eine Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht nötig. Wichtig ist zudem seine Aufgabe, den Bundestag nach einer dreimalig gescheiterten Wahl eines Kanzlers oder einer verlorenen Vertrauensfrage aufzulösen. Er kann dies aber auch verweigern und so einer Minderheitenregierung zustimmen (wenn zum Beispiel eine Vertrauensfrage nur gestellt wurde, um Neuwahlen zu erzwingen). Ebenfalls darf er auf Antrag der Regierung den Gesetzgebungsnotstand verkünden, um Gesetze ohne Zustimmung des Parlaments zu ermöglichen (aber nur, wenn der Bundesrat zustimmt). Schließlich verfügt er noch über das Begnadigungsrecht auf Bundesebene und kann einzelne Verurteilte begnadigen.

### Aufgabe 4

Der 11. Bundespräsident Joachim Gauck kandidierte nicht mehr für eine 2. Amtszeit. Die großen Parteien wünschten sich für die Wahl im März 2017 einen gemeinsamen Kandidaten, um große Akzeptanz zu erreichen. Kritiker erwiderten, dass dies irrelevant sei, da es ein eher zweitrangiges Amt ohne große Wirkungskraft sei. Nimm zu dieser Aussage Stellung.

### Aufgabe 5

Informiere dich über die folgenden Organe: Bundesrat und Bundesverfassungsgericht. Vervollständige mit diesen Informationen den folgenden Lückentext:

*An der Gesetzgebung in Deutschland sind letztlich viele verschiedene politische Organe und Amtsträger beteiligt. Alles beginnt damit, dass ein neuer Gesetzesvorschlag entweder von der \_\_\_\_\_, dem \_\_\_\_\_ oder dem \_\_\_\_\_ eingereicht wird. Das Gesetz wird dabei in Ausschüssen diskutiert beziehungsweise angepasst. Nachdem alle dazu Stellung genommen haben, wird das Gesetz insgesamt drei Mal im \_\_\_\_\_ verlesen und dazwischen in den Ausschüssen weiter bearbeitet. Im Anschluss wird darüber zunächst im \_\_\_\_\_ abgestimmt, bevor das Gesetz weiter in den \_\_\_\_\_ geht. Hier gibt es zwei Möglichkeiten: Bei einem Einspruchsgesetz (hier geht es um Dinge des nationalen Interesses wie etwa im Bereich der Sozialgesetzgebung) kann der \_\_\_\_\_ einen Vermittlungsausschuss einschalten, wenn er mit dem Gesetz nicht zufrieden ist. Kommt es hier zu einem Änderungsvorschlag, wird über das Gesetz im \_\_\_\_\_ neu abgestimmt. Ist der \_\_\_\_\_ anschließend immer noch dagegen, kann der \_\_\_\_\_ ihn mit einer einfachen Mehrheit überstimmen. Handelt es sich aber um ein Zustimmungsgesetz (hier werden Kompetenzen der Länder berührt, beispielsweise in der Bildungspolitik), so ist dieses Überstimmen nicht möglich und das Gesetz scheitert. Haben die genannten Organe dem Gesetz aber zugestimmt, so geht dieses weiter an die \_\_\_\_\_ . Hier müssen der zuständige \_\_\_\_\_ und der \_\_\_\_\_ unterzeichnen und es dann an den \_\_\_\_\_ weiterleiten. Nur wenn er unterzeichnet, erlangt das Gesetz seine Gültigkeit. Hat er aber Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Gesetzes, so kann er eine Prüfung durch das \_\_\_\_\_ veranlassen. Es kann auch später noch eingreifen, wenn eine Verfassungsklage eingereicht wird(, wenn immer noch Zweifel an der Rechtmäßigkeit bestehen).*

## Interessenvertretung als 5. Gewalt (1)

### Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

#### Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten. [...]

Neben den drei klassischen Gewalten der Gewaltenteilung sowie den Medien als möglicher vierten Gewalt gibt es innerhalb einer Demokratie auch noch eine oft als fünfte Gewalt bezeichnete Möglichkeit der Einflussnahme: die Interessenvertretung. Darunter versteht man die Möglichkeit, sich gemeinsam für ein gleiches Interesse zu organisieren und einzusetzen. Das Ziel ist es, die politischen Entscheidungsträger vom eigenen Anliegen zu überzeugen und entsprechende politische Handlungen zu bewirken. Ein lokales Beispiel wäre eine Gemeinschaft von Bürgern, die für den Bau einer Umgehungsstraße eintritt. Ein bekannter globaler Zusammenschluss von Menschen mit identischem Interesse ist Greenpeace.

### Aufgabe 1

Recherchiere nach Interessenverbänden in deiner Region und berichte über ihre Arbeit.

Die Interessenvertretung wird in Deutschland oft mit dem negativ behafteten Begriff des Lobbyismus gleichgesetzt. Gemeint ist hier die gezielte Einflussnahme von verschiedenen, meist der Industrie nahestehenden Interessenverbänden, die sich aufgrund gemeinsamer Ziele zusammengeschlossen haben, um mit gebündelten Ressourcen und Mitgliedern die eigenen Interessen besser vermitteln zu können. Der Einfluss kann dabei von der Art des Interesses, der Mitgliederanzahl, aber auch von den finanziellen Mitteln abhängig sein. Ein Beispiel ist der Verband der Automobilindustrie (VDA): Daran wird unter anderem kritisiert, dass die Vertreter aus den Wirtschaftsverbänden keine vom Volk gewählten Repräsentanten sind, aber durch Mitarbeit bei Gesetzesvorschlägen oder durch die Beratung von Politikern einen starken Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Auch sei es nicht tragbar, dass Politiker gegen Bezahlung Nebentätigkeiten bei großen Firmen ausüben (Beraterfunktionen oder Auftritte auf Firmenveranstaltungen) oder direkt von der Politik in hohe Ämter in der Industrie wechseln können. Befürworter hingegen schätzen den Sachverstand der Experten aus der Industrie, die ihre Entscheidungen auf Fachwissen stützen und mit zusätzlichen Sichtweisen allgemeingültiger gestalten können.

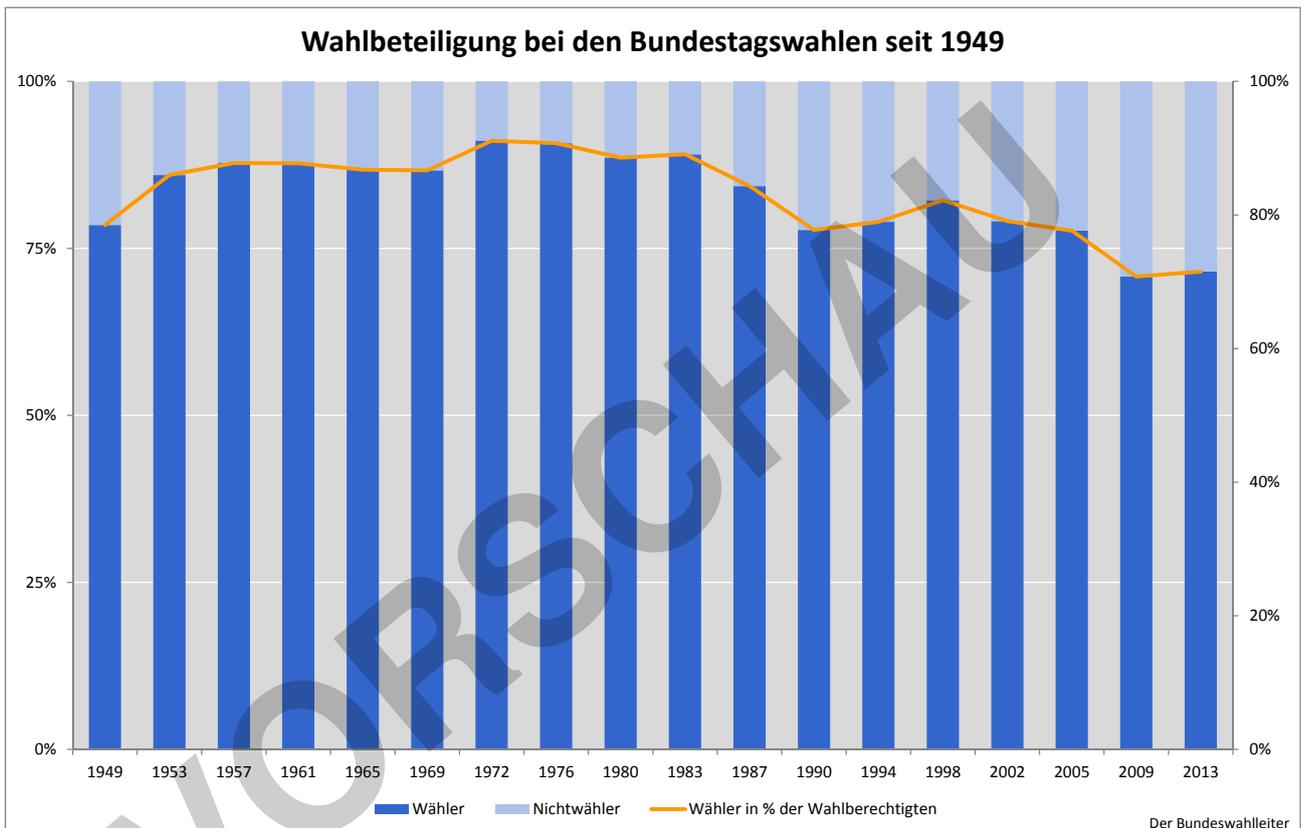
### Aufgabe 2

- Fasse die im Text genannten Vor- und Nachteile der Interessenvertretung in der Politik zusammen. Ergänze die Auflistung mit eigenen Vor- und Nachteilen.
- Recherchiere aktuelle Fälle, bei denen eine zu starke Verflechtung von Industrie und Politik kritisiert wird, und berichte einem Lernpartner davon.
- Begründe, ob und, wenn ja, wie man den Einfluss der Interessenvertretung in der Politik begrenzen sollte.

## Politikverdrossenheit: Gefahr für die Demokratie?



Wahlen sind in einer Demokratie ein unverzichtbares Instrument für die Bevölkerung. Nur so hat das Volk die Möglichkeit, seine Volksvertreter auf verschiedenen Ebenen zu wählen und so die Politik für die nächsten Jahre mitzubestimmen. Die Wahlen können daher als Stimmungsbild der Bevölkerung angesehen werden. Da die übrigen Beteiligungsmöglichkeiten dies nicht bieten können, sollte man annehmen, dass die Bevölkerung diese Chance gerade bei den „großen“ Wahlen rege ergreift (Landtag und Bundestag). Doch die Wahlbeteiligungen sprechen eine andere Sprache.



Parlamentarische Demokratie

### Aufgabe 1

Analysiere die Statistik und fasse Besonderheiten und allgemeine Aussagen zusammen.

### Aufgabe 2

Vergleicht man die Werte zur Wahlbeteiligung der letzten Landtagswahlen, so fällt auf, dass unter den letzten vier Plätzen mit Thüringen, Sachsen und Brandenburg (gerade mal 47,9 %) drei Gebiete aus der ehemaligen DDR zu finden sind. Recherchiere mögliche Ursachen und erläutere diese.

### Aufgabe 3

In den letzten Jahren werben viele Parteien wie auch die Bundesregierung mit Slogans wie „Jede Stimme zählt!“.

- Stelle unter Berücksichtigung der bisher in diesem Themenkomplex gewonnenen Erkenntnisse mögliche Folgen einer geringen Wahlbeteiligung zusammen.
- Nimm darauf aufbauend zu diesem Slogan begründet Stellung.